Petitionsausschuss des Bundestages behandelte VVN-BdA-Kampagne

175 000 nonpd-Unterschriften liegen auf dem Tisch

Manchmal kommt doch noch Bewegung in Prozesse, die man schon nicht mehr erwartetet hat. Vor fast einem Jahr informierten wir über einen ebenso anmaßenden wie inkompetenten Brief eines Beamten des Petitionsausschusses bezüglich unserer Unterschriftenkampagne nonpd.

Die mehr als 175 000 Unterschriften waren nach unserer gelungenen »Übergabeaktion« an diesen Ausschuss weiter geleitet worden und harrten dort ihrer weiteren parlamentarischen Bearbeitung. Am 2. März diesen Jahres wurde unsere Forderung nun im Petitionsausschuss behandelt. Und zwar in einer öffentlichen Anhörung, in der auch unsere Organisation als Petentin noch einmal ihr Anliegen vortragen durfte. Die Anhörung diente der Information und Verständigung der Fraktionen zum Thema, bevor der Ausschuss die Petition mit seiner Beschlussempfehlung an den Bundestag weiterleitet.

Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA, erläuterte zu Beginn noch einmal kurz die Hauptgründe für unsere Verbotsforderung. Anschließend stellten die Ausschussmitglieder Fragen an die beiden Staatssekretäre Alfred Hartenbach (SPD, Bundesjustizministerium) und Peter Altmaier (CDU, Bundesinnenministerium). Die meisten Fragen drehten sich um die Problematik der V-Leute.

So wollte Jerzy Montag von den Grünen wissen, ob es neben direkt aus der Naziszene angeworbenen V-Leuten auch solche gäbe, die als »Undercoveragenten« in die NPD eingeschleust wurden. Die Antwort von Altmaier bestätigte unsere These: V-Leute sind Faschisten mit »V«. Undercoveragenten gibt es nicht.

Aus der Art der Fragestellungen wurde sichtbar, welche Grundpositionen in den Parteien derzeit zu einem neuen Verbotsverfahren vorherrschen. SPD und LINKE sind für ein neues Verbotsverfahren, bei den Grünen sind die Meinungen gespalten. Monika Lazar, eine Grünen-Abgeodnete aus Sachsen, sprach sich gegen ein Verbot aus. Ihrer Meinung nach reichen die demokratischen Möglichkeiten zum Kampf gegen Neonazis aus. Die Bevölkerung von Sachsen hätte ja in diesem Jahr die Möglichkeit, die NPD wieder aus dem Landtag herauszuwählen.

Viel Sprengstoff verbarg sich in den Fragen von Siegmund Kauder von der CDU, der als Jurist nach den generellen formalrechtlichen Möglichkeiten eines Parteiverbots unter den derzeitigen Bedingungen fragte. Wenn man den Ausführungen der beiden parlamentarischen Staatssekretäre folgte, wäre ein Parteiverbot im Augenblick überhaupt nicht möglich. Der Rechtsstaat hätte sich damit selbst ausgehebelt. Er forderte die Regierungsvertreter auf, über Auswege aus diesem Dilemma nachzudenken. Eine Forderung, der man auch auf anderen Wegen Nachdruck verleihen sollte.

Generell machte die Anhörung deutlich, dass die Positionen der Parteien in Bewegung gekommen sind, ohne dass derzeit schon ein wirklicher politischer Wille für ein neues Verbotsverfahren vorhanden ist. Wir müssen also weiter Druck machen, die neue Kampagne wird dazu beitragen.

Regina Girod

Nazis als Militaristen und Frauen als Nazis

Nordkonferenz der VVN-BdA in Heideruh

Internationale Verbindungen und Militärpolitik bei der Extremen Rechten standen am Anfang der diesjährigen Nordkonferenz am 21./22. Februar in Heideruh bei Buchholz/Nordheide zur Debatte.

Das gut besuchte Seminar der norddeutschen VVN-BdA-Verbände in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen prägte das große Interesse an einer Erfassung strategischer Umorientierungen insbesondere der NPD in den letzten 18 Jahren.

Unter den Begriff Extreme Rechte fasste der Friedensforscher Dr. Fabian Virchow (Universität Marburg) neofaschistische Parteien wie NPD und DVU wie auch extrem reaktionäre und völkische Parteien wie die REP. Mit der Veränderung der internationalen Lage seit dem Zerfall der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers sieht sich auch die Extreme Rechte vor der Aufgabe einer Neubewertung ihrer strategischen Positionen aus völkischer Sicht. Bis 1990 sahen neofaschistische Parteien die Neutralität der BRD als Alternative zu Westbindung und NATO. Ihnen ging es auch mehr um die Kontinuität der Wehrmachtstradition. Die Stärkung der Bundeswehr mit atomaren Waffen sollte einen Gegenpol zu den Westmächten schaffen. Die Revision der Grenzen, insbesondere im Osten, war Kitt für die Zusammenarbeit rivalisierender Gruppen. Unter heutigen Bedingungen, so Virchow, sieht die Extreme Rechte die Türkei, Israel und die USA als Hauptfeinde. Aus völkischer Sicht favorisiert sie die Bildung einer Achse Paris-Berlin-Moskau. Ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr an der Seite der USA lehnen sie ab. Separatistische Bewegungen in Ost und West werden unterstützt. Die EU soll verschwinden, ein System unterschiedlicher Abhängigkeit von einem vergrößerten Deutschland soll entstehen, ganz im Sinne der geopolitischen Großraumvorstellungen seit der Kaiserzeit. Polen ist bei diesen Betrachtungen nicht vorgesehen.

Im zweiten Teil des Tages stellte die Hamburger Journalistin Rena Kenzo Veränderungen im Rollenbild der Frau in neofaschistischen Bewegungen dar. Deutlich wurde eine verstärkte Position in Andrea Röpkes Film »Neonazistinnen, Frauen in der Rechten Szene«. Verstärkt nehmen sie Aufgaben wahr, die weitgehend Männern vorbehalten waren. Äußerlich sind sie kaum dem rechten Milieu zuzuordnen. Ist der Ring Nationaler Frauen eher eine Vorfeldorganisation der NPD, so finden sich in der Gemeinschaft Deutscher Frauen eher Anhängerinnen der Kameradschaftsszene. Anhand der Biographien führender Vertreterinnen vermittelte Rena Kenzo Kontinuität und Brüche zu traditionellen neofaschistischen Mädchenbünden der 50er und 60er Jahre sowieUnterschiede in der Arbeit der »Stillen Hilfe« und der »Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene«. Zugangsmotive sind oft die Verarbeitung sexueller Gewalt und Gemeinschaftserlebnisse in einer Region ohne sozialkulturelle Angebote. Kenzo beklagte die mangelnde finanzielle Förderung frauenspezifischer Studien.

Nach einer Auswertung des Samstags wandten sich die Teilnehmer/innen am Sonntagmorgen der Fortsetzung der NPD-Verbotskampagne zu. Die Gewinnung von Multiplikatoren steht nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern im Mittelpunkt. In Bremen sollen in einem ersten Schritt die Erstunterzeichner und weitere prominente Unterzeichner zu einer Stellungnahme gewonnen werden. Es können auch andere Ausdrucksformen als schriftliche eingeworben werden: Zeichnungen, Musikstücke, Fotos. Verstärkt sollen auch Bündnispartner zum Mitmachen geworben werden.

Bislang befürworten erst vier Innenminister einen neuen Verbotsanlauf. Lediglich Ehrhardt Körting (Berliner Innensenator) hat den Schritt getan, die Kontakte zu den V-Leuten auf der Führungsebene abzuschalten. Das sollte Schule machen.

Raimund Gaebelein

5. April in Buchenwald:

64. Jahrestag der Selbstbefreiung

Die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V. ruft auf, am 5. April an den Veranstaltungen zum 64. Jahrestag der Befreiung in Weimar-Buchenwald teilzunehmen. Ihre Losung: »Länder- und Generationengrenzen überwinden! Gemeinsam gegen Nazis, Fremdenhass und Krieg!«

Über Abfahrzeiten ab Frankfurt/M., Aachen u. a. informiert lag-buch@muenster.org. Die Veranstaltungen beginnen um 11.30 Uhr (Ausstellung der Werke José Fostys) und um 13.30 Uhr auf dem Appellplatz, anschließend Gedenkgang zum Glockenturm und Kranzniederlegung.

Zum Tode von Lore Krüger

Ehrenmitglied des FIR-Präsidiums verstarb im 95. Lebensjahr

Mit tiefer Trauer müssen wir den Tod von Lore Krüger, Mitglied des Ehrenpräsidiums der FIR, bekannt geben. Sie starb in der Nacht zum 5. März kurz vor Vollendung des 95. Lebensjahrs in Berlin.

Lore Krüger wurde 1914 in Magdeburg geboren. Sie musste bereits 1933 mit ihrer jüdischen Familie aus dem faschistischen Deutschland fliehen. Die Stationen des Exils waren Großbritannien, Spanien und Frankreich, wo sie ihren Mann, den Spanienkämpfer und Kommunisten Ernst Krüger kennen lernte. Gemeinsam flohen sie 1941 in die USA, wo sie gemeinsam mit prominenten deutschen Antifaschisten bis 1946 im Sinne der Bewegung »Freies Deutschland« politisch wirkten. 1946 kehrte sie nach Berlin zurück und arbeitete Jahrzehnte als Übersetzerin in der DDR.

Tätig im Sinne des Freien Deutschlands

Bis zuletzt war sie eine aktive Antifaschistin. Sie war Mitglied in der VVN-BdA, in der DRAFD (Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Anti-Hitlerkoalition und der Bewegung Freies Deutschland) und im Verband der Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik. In zahllosen Gesprächen mit jungen Menschen konnte sie ihre politischen Erfahrungen vermitteln und politische Konsequenzen für heute erklären.

Auch mit der Arbeit der FIR war sie seit vielen Jahrzehnten verbunden, zum Beispiel als Übersetzerin, als Delegierte auf dem XIII. FIR-Kongress in Berlin 2004 und als offizielle Vertreterin der Organisation bei Begegnungen, Gedenkveranstaltungen und anderen wichtigen Anlässen in Berlin.

Im Namen der gesamten Organisation möchten wir ihrer Familie, ihren Freunden und Mitstreitern unsere tief empfundene Anteilnahme zum Tode von Lore Krüger übermitteln. Sie bleibt uns unvergessen.

Michel Vanderborght, Brüssel
Präsident
Dr. Ulrich Schneider, Berlin
Generalsekretär

Versammlungsgesetz vorerst gestoppt

Einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts gegen zentrale Vorschriften

Mit folgender Pressemitteilung vom 27. Februar 2009 wandten sich die Rechtsanwälte Dr. Klaus Hahnzog und Hartmut Wächtler, die von 13 Verbänden und Organisationen mit der Verfassungsbeschwerde gegen das bayerische Versammlungsgesetz beauftragt worden sind, an die Öffentlichkeit:



Über 5000 Menschen demonstrierten im Juni 2008 in München für den Erhalt der Versammlungsfreiheit in Bayern.
Bilder: W. Rauch

»Die heutige Eilentscheidung des BVerfG ist eine gute Nachricht für alle, die das Grundrecht der Bürger auf friedliche und möglichst ungehinderte Versammlung für unverzichtbar für die Demokratie halten. Es ist gleichzeitig eine Ohrfeige für die bayerische Mehrheitspartei CSU. Die CSU und die von ihr geführte Staatsregierung mit Innenminister Herrmann wollten den Bürgern durch eine Vielzahl von bürokratischen Schikanen das Demonstrieren schwer machen und alle Versammlungen möglichst lückenlos erfassen und kontrollieren und zwar unabhängig von ihrer Größe und dem Gefahrenpotenzial. Diesem Kontrollwahn ohne konkreten Anlass hat das BVerfG zunächst ein Ende gemacht.

Ebenso sind zahlreiche Bußgeldvorschriften vorläufig außer Kraft gesetzt worden. Die zu Grunde liegenden Vorschriften für Teilnehmer, Leiter und Veranstalter sind nach Meinung des BVerfG viel zu unbestimmt und schwammig, so dass die sich versammelnden Bürger der Willkür der Behörden bei der Auslegung der Vorschriften ausgesetzt wären.

Das BVerfG hat mit recht darauf hingewiesen, dass es sich um eine Eilentscheidung handelt. Nach der Tradition des Gerichts wird in diesem Eilverfahren nur behutsam in die Kompetenz des Gesetzgebers eingegriffen und nur dann, wenn der festgestellte Gesetzesmissstand offensichtlich ist. Davon ist das BVerfG offenbar ausgegangen. Die Entscheidung über das Bayerische Versammlungsgesetz insgesamt bleibt der Hauptsacheverhandlung vorbehalten. Mit der Eilentscheidung hat das Gericht deutliche Hinweise gegeben, dass das Bayerische Versammlungsgesetz in seiner verabschiedeten versammlungs- und demokratiefeindlichen Tendenz keinen Bestand haben wird.

Die Entscheidung des BVerfG ist auch ein deutliches Signal in Richtung derjenigen Länder, wie Baden-Württemberg und Niedersachsen, die sich anschicken, dem bayerischen Beispiel zu folgen. Wir gehen davon aus, dass diesen Bestrebungen zunächst bis zur Entscheidung der Hauptsache ein Riegel vorgeschoben ist.«



Die VVN-BdA war bei vielen der Aktionen und Demonstrationen dabei.

Wachsamkeit weiter geboten

Dieser erste erreichte Erfolg sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass in konservativen Kreisen weiter versucht werden wird, über die Hebel der Landesgesetze demokratische Rechte abzubauen. Ob und wie dies allerdings in Bayern funktionieren wird, ist derzeit offen. Ist doch die neu an der Regierung beteiligte FDP gleichzeitig eine der in der Erklärung erwähnten 13 Organisationen, von denen die Verfassungsbeschwerde auf den Weg gebracht wurde.

Eines ist jedenfalls sicher: Als Instrument gegen Neonazi-Aufmärsche und andere rechtsextreme Provokationen – von CSU-Seite immer wieder betont, um das Gesetz der Öffentlichkeit zu »verkaufen« – hat sich das Gesetz bereits als nutzlos erwiesen. Nicht nur die VVN-BdA hat immer wieder darauf hingewiesen, dass mit dem Grundrechteabbau via Versammlungsgesetz etwas ganz anderes beabsichtigt wird. Deshalb bleibt auch in den nächsten Wochen und Monaten Wachsamkeit geboten, muss weiter aufgeklärt und mobilisiert für den Schutz demokratischer Rechte und Freiheiten. **E. A.**

1. Mai 2009:

Nazi-Demo in Weiden?

Laut Informationen des antifaschistischen a.i.d.a-Archivs München und Angaben auf rechtsextremen Homepages soll am 1. Mai 2009 in Weiden/Oberpfalz eine Neonazi-Demonstration unter dem Motto »Massenarbeitslosigkeit überwinden – Kapitalismus zerschlagen – Nationaler Sozialismus jetzt!« stattfinden. Anmelder ist Robin Siener aus Cham, Veranstalter von »Freies Netz Süd«, an dessen Aufbau unter anderem Matthias Fischer aus Fürth, Norman Kempken aus Nürnberg und Lutz Passon aus Ebermannstadt/Landkreis Forchheim seit ihrem Austritt aus der NPD in den letzten Monaten mitwirkten. Nach Hannover, Mainz, Ulm und Berlin wäre dies die fünfte bisher bekannt gewordene 1.-Mai-Demonstration von Neofaschisten in Deutschland.

Keine Verharmlosung?

Gericht erlaubt Naziaufmarsch in Augsburg

Mit einem hundertfachen Aufgebot von Bereitschaftspolizei und USK wurden am 28. Februar rund 200 Neonazis durch Augsburg geleitet. Trauriger Höhepunkt war die Zulassung einer Abschlusskundgebung der Neonazis am Königsplatz, nur ca. 60 Meter vom Platz einer Kundgebung der VVN-BdA und der Augsburger Friedeninitiative mit dem Thema »Gedenken an die Opfer rechter Gewalt« entfernt. Dieses Gedenken wurde durch die Lautsprecher-Auftritte der Neonazis massiv gestört und verhöhnt.



Immer wieder: Nazis mit Lautsprecher und Polizeischutz. Wie hier vor eineinhalb Jahren am Münchner Stachus. Bild: Archiv



Vorangegangen waren dem braunen Aufmarsch gerichtliche Auseinandersetzungen. Die Stadt hatte versucht, ihn verbieten zu lassen. Ohne Erfolg. Die Begründung, mit der vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof die städtische Beschwerde gegen eine Genehmigung des Aufmarsches zurückgewiesen wurde, sei hier in Auszügen wiedergegeben. Besonders beachtenswert ist die Passage zu dem von braunen Veranstaltern ursprünglich eingeführten Begriff »Bombenholocaust«:

»(…) Voraussetzungen, unter denen eine vom Grundrecht des Art. 8 Abs. 1 GG, Art. 113 BV geschützte Versammlung unter freiem Himmel ausnahmsweise verboten werden kann, liegen nicht vor. Zwar kann eine Versammlung nach Art. 15 Abs. 2 BayVersG zum Schutz der Würde der Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft unter den dort genannten Voraussetzungen beschränkt oder verboten werden. Das Verwaltungsgericht hat jedoch zutreffend dargelegt, dass die geplante Veranstaltung des Antragstellers dem Gedenken der Opfer der alliierten Bombardierung vom Februar 1944 gewidmet ist. Nach den überzeugenden Ausführungen des Verwaltungsgerichts, auf die voll inhaltlich verwiesen wird, lassen Tag, Ort und Thema des Aufzugs nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auf eine bevorstehende Verharmlosung, Billigung, Rechtfertigung oder Verherrlichung des NS-Regimes schließen und auch nicht eine Beeinträchtigung der Würde der Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Schreckensherrschaft besorgen.

Entgegen der Ansicht der Beschwerde kann auch der Verwendung des Begriffs ›Bombenholocaust‹ für die Bombardierung Augsburgs durch die alliierte Luftwaffe nicht ohne Weiteres die Absicht des Antragstellers entnommen werden, die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft zu verharmlosen. Der Holocaust-Vergleich dient primär dazu, die Bombardierung Augsburgs im Februar 1944 als Unrecht zu brandmarken. Der Antragsgegner und der Vertreter des öffentlichen Interesses haben zwar nachvollziehbar ausgeführt, dass der Holocaust-Vergleich verfehlt ist und dass bei genauem Durchdenken der historischen Ereignisse der Vergleich im Umkehrschluss auch als Relativierung des nationalsozialistischen Unrechts verstanden werden kann. Eine solche Erklärungsabsicht hat jedoch der Antragsteller bestritten und zudem im gerichtlichen Verfahren seine Bereitschaft zum Verzicht auf den Holocaust-Vergleich im Veranstaltungsmotto erklärt. Daher kann dieser Vergleich allenfalls eine Beschränkung der Versammlung durch eine Auflage, nicht aber ein Verbot rechtfertigen.«

Stellenanzeige

Die VVN-BdA Bayern sucht ab 1.September 2009 eine/n

Geschäftsführer/in

für die Landesvereinigung. Im Rahmen einer Teilzeitstelle (20 Stunden/Woche mit entsprechender Vergütung) sollte sich die/der Betreffende vor allem folgender **Aufgabenbereiche** annehmen:

- Koordination der Arbeit der Landesvereinigung und der Kreisvereinigungen
- Vorbereitung und Organisation der Sitzungen des Landesvorstandes und des Landessprecher/innen/kreises, der Landeskonferenzen, der Landesmitgliederversammlungen und sonstiger Veranstaltungen der VVN-BdA Bayern
- Organisation der Umsetzung der Beschlüsse der Landesvereinigung
- Kontaktpflege und Kommunikation mit Behörden, Institutionen, Organisationen, Medien und Öffentlichkeit; Herausgabe von Presseerklärungen
- Organisation und Betreuung des Internetauftritts der VVN-BdA Bayern
- Koordination mit Kassierung und Buchhaltung der Landesvereinigung
- Zusammenarbeit mit der Bundesvereinigung und ihren Gliederungen

Voraussetzungen für die Tätigkeit sind

- Erfahrungen mit Bürotätigkeiten, Berichtswesen, Korrespondenz und Umgang mit elektronischen Medien
- eine seit längerem bestehende Mitgliedschaft in der VVN-BdA und Vertrautheit mit der bayerischen Landesvereinigung und ihren Strukturen.

Bewerbungen bitte bis zum 1. Mai 2009 an:
VVN-BdA Bayern e.V., Frauenlobstr. 24, 80337 München.
Tel. (0 89) 53 17 88,
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de.

Redaktion: Ernst Antoni

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Wir gratulieren …

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

März: Heinz Buchta, Bamberg, 95 Jahre; Franz Meisl, Augsburg, 91 Jahre; Ludwig Fraundorfer, Neubiberg, 87 Jahre; Gustav Olschewski, Rothenburg o.d.T., 87 Jahre; Anni Multerer, Bad Wörishofen, 83 Jahre; Johannes Komianos, Lohr, 70 Jahre; Dorothea Obelt, Bamberg, 70 Jahre; Rolf Dörflein, Nürnberg, 65 Jahre.

April: Viktoria Kern, Penzberg, 82 Jahre; Ilona Denke, München, 80 Jahre; Charlotte Salzbrenner, Itzgrund, 75 Jahre; Gerlinde Zollner, München, 75 Jahre; Peter Feininger, Augsburg, 60 Jahre; Hans-Jörg Schraml, Augsburg, 60 Jahre.

Der fünfte Antifaschistische Ratschlag

Treffen im Haus der Sorben in Bautzen

Der Tagungsort des diesjährigen sächsischen antifaschistischen Ratschlags hätte nicht besser gewählt sein können: Das Haus der Sorben in Bautzen. Auch die Sorben wurden in der Zeit des Dritten Reiches verfolgt. Auch sie sollten ausgelöscht werden, wie MdL Heiko Kosel in einem Grußwort erklärte. Denn: »Die übergroße Mehrheit der Sorben war gegenüber den Germanisierungsversuchen der Nazis resistent.«

120 überwiegend jüngere Menschen aus den verschiedensten Spektren fanden den Weg nach Bautzen, um sich in Vorträgen weiterzubilden, in Workshops Strategien im Kampf gegen die braune Brut zu entwickeln und Kontakte zu knüpfen. Die Wichtigkeit der Veranstaltung zeigte sich gleich am Vormittag, als etwa zwei Dutzend Neonazis vergeblich versuchten, den Ratschlag zu stören.

Am Vormittag stand neben den diversen Grußworten auch ein Vortrag über den 14. Februar in Dresden auf dem Programm. Jens Thöricht von der Vorbereitungsgruppe des Ratschlages erklärte den Mythos vom »unschuldigen Dresden«. Dabei legte er detailliert dar, wie die verschiedenen Zahlen der zu beklagenden Verluste zustande kamen. Die offizielle Schätzung der Historikerkommission, die bislang am detailliertesten geforscht hat, geht von maximal 25 000 Toten aus. Wichtig erschien die Einordnung der Zahl in den restlichen Kontext des zweiten Weltkriegs. So wurden in Tokio 90 000 Menschen mit konventionellen Luftwaffen getötet, in Hamburg waren es 60 000.

Am Nachmittag wurde sich in insgesamt acht Arbeitsgruppen mit Themen wie der Extremismustheorie, den lokalen Aktionsplänen gegen Rechtsextremismus und den Umgang mit Aussteigern aus der Naziszene auseinandergesetzt. In anderen Workshops wurde über faschistische Tendenzen in der Ökologiebewegung diskutiert oder überlegt, wie sich antifaschistische Gruppen in Sachsen besser vernetzen und organisieren können.

Die Wichtigkeit einer optimalen Vernetzung zeigte sich nicht zuletzt am 14. Februar in Dresden. Während in den letzten Jahren der europaweit größte Naziaufmarsch nahezu unbehelligt marschieren konnte, zwangen die größere Gegenmobilisierung und die Entschlossenheit der Antifaschisten die Nazis zum vorzeitigen Abbruch des rechtsextremen Aufmarschs. Die überzogenen Exzesse der Polizei mit Schlagstock und Reizgas am Taschenbergpalais werden wohl noch Gegenstand parlamentarischer Debatten im Landtag werden.

Dass das provokative Verhalten der Polizei keine größere Resonanz seitens der Antifaschisten zeigte, dürfte auch Veranstaltungen wie dem Antifaschistischen Ratschlag zu verdanken sein, bei dem regelmäßig auch über Polizeigewalt aufgeklärt wird und Tipps gegeben werden, wie man sich in einer solchen Situation verhalten sollte.

In einer Abschlussresolution wandten sich die Teilnehmer des 5. Antifaschistischen Ratschlags noch einmal gegen Nazis in jeder Form: »Sie müssen raus aus den Köpfen, runter von der Straße und raus aus den Parlamenten auf allen Ebenen.« Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Wahlen in diesem Jahr kündigten die Anwesenden unmissverständlich an: »Wir, Antifaschistinnen und Antifaschisten, werden die Menschen über euer Treiben aufklären, wir werden gegen euch mobil machen. Ihr werdet euch nicht ausbreiten können!«

Den Organisatoren vom Vorbereitungskreis des Antifaschistischen Ratschlages, die diese wichtige Veranstaltung alljährlich in ehrenamtlicher Arbeit zu einem großen Erfolg gemacht haben, ist zu danken. Neue Mitstreiter, die sich an der Vorbereitung beteiligen möchten, sind gern gesehen und werden gebeten, sich unter ratschlag@kerstin-koeditz.de zu melden.

Marcel Gürnt

Redaktion: Peter Giersich
Tel. und Fax: (03744) 80883
E-Mail: sachsenantifa@t-online.de

Abschlusserklärung des fünften Ratschlages

Nazis? No way! Den Nazivormarsch stoppen – Alternative Freiräume schaffen!

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Antifaschistischen Ratschlags in Sachsen am 31. Januar 2009, erklären (...):

Für uns ist es unerträglich, dass Sachsen noch immer eine Hochburg der extremen Rechten in der Bundesrepublik ist. Wir werden im Jahr 2009 unseren Beitrag dazu leisten, dass der Vormarsch der Nazis gestoppt wird. (...)

Wir nehmen es nicht länger hin, dass nahezu jedes Wochenende Demonstrationen von Neonazis durch unsere Städte ziehen. Wir nehmen es nicht länger hin, dass Andersdenkende auf diese Weise eingeschüchtert werden sollen. Wir werden es nicht mehr dulden, dass ihre Versuche der Geschichtsverfälschung öffentlich Gehör finden. (...)

Überall dort, wo Nazis ihre Zentren errichten, werden wir dafür sorgen, dass sie nicht ungestört sind. Jetzt nutzen sie diese Zentren, um ungestört ihre Propaganda betreiben zu können, um »national befreite Zonen« in Städten oder Stadtteilen zu errichten. Aber ob in Borna, Gränitz, Leipzig oder Riesa gilt: Wir werden die Menschen über euer Treiben aufklären, wir werden gegen euch mobil machen, ihr werdet euch nicht weiter ausbreiten können! Jedes Nazizentrum ist eines zu viel!

Es ist eine Schande, dass in Sachsen die Verbrechen der Nazis relativiert werden, indem eine faktische Gleichsetzung der NS-Diktatur mit der DDR vorgenommen wird. Links ist nicht gleich Rechts. Die antifaschistischen Kräfte und DIE LINKE streiten für die Freiheit und Gleichheit aller Menschen, die Rechte steht für Unterdrückung Unfreiheit und Ausgrenzung! Die unsägliche Totalitarismusdoktrin führt dazu, dass in Sachsen eine würdige Gedenkstättenpolitik immer noch nicht möglich ist. Sie führt dazu, dass die Widerstandskämpferinnen und -kämpfer noch immer nicht die Anerkennung erfahren, die ihnen gebührt.

Wer den Einfluss der Neonazis und ihren Weg in die Mitte der Gesellschaft stoppen will, kann dies nicht durch inhaltliche Anbiederung und Übernahme ihrer Themen erreichen.

Wir sehen die Gefahr, dass nach den Europawahlen eine rechte Fraktion auch im EU-Parlament vertreten sein könnte. Bereits heute sehen wir eine zunehmende staatliche Ausgrenzung von Minderheiten in einigen Ländern der EU. Wir sehen mit Schrecken, dass in unserem Nachbarland, der tschechischen Republik, Sinti und Roma bei rassistischen Pogromen gejagt werden (...). Wir werden deshalb unsere Zusammenarbeit mit all jenen Kräften in den Nachbarländern verstärken. Denn wir erklären entschlossen: Nazis? No Way!

Wir brauchen einen neuen antifaschistischen Grundkonsens in der Gesellschaft, der es zur Selbstverständlichkeit macht, dass vor Nazigewalt Schutz suchenden Menschen Zuflucht gewährt wird, dass alternative Freiräume in den Kommunen für nicht-rechte junge Menschen geschaffen werden, dass ausreichende Mittel für eine emanzipatorische Jugendarbeit zur Verfügung stehen, dass Gastwirte und Kommunen Organisationen der extremen Rechten keine Räume überlassen, dass antisemitischen Äußerungen entgegengetreten wird, dass Polizei und Justiz Straftaten von Nazis schnell und konsequent verfolgen und bestrafen. (...)

Wer nicht feiert, hat verloren!

Hitler kaputt! – VVN-BdA lädt zum Volksfest am 9. Mai ein

Zu einem deutsch-russisch antifaschistischen Volksfest unweit des sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park lädt auch in diesem Jahr die Basisorganisation »8. Mai« der Berliner VVN-BdA ein. An diesem Tag wird in der ehemaligen Sowjetunion der Sieg über den deutschen Faschismus gefeiert.

Es haben schon zahlreiche Musikanten, wie die Bolschewistische Kurkapelle, Bloody Kalinka, Kosmonautix und natürlich auch Chöre sowie Akkordeonvirtuosen ihr Erscheinen angekündigt. Und es wird wieder Führungen zum sowjetischen Ehrenmal geben.

Als Ehrengast wird Prof. Dr. Ilja Kremer aus Moskau begrüßt. Er ist Mitglied des FIR-Exekutivausschusses, Mitglied des russischen Komitees ehemaliger Kriegsteilnehmer und Veteranen des Militärdienstes. Ehrengast Ilja Kremer wird von Berlin aus auf Einladung der VVN-BdA eine Rundreise durch Deutschland und Österreich beginnen.

Am 9. Mai ist natürlich auch für Essen und Trinken gesorgt. Die Gulaschkanone wartet mit Bortzsch und der Grill mit Schaschlik und Würstchen auf die Besucherinnen und Besucher.

Bier, Wodka und Kwas für einen Toast auf die Befreier, die Soldaten der Roten Armee werden sicherlich nicht fehlen.



Der Tag der Befreiung: Immer ein Grund zum Feiern! Das Fest beginnt am Samstag, 9. Mai, 13 Uhr auf dem Parkplatz Treptower Park gegenüber dem Haupteingang zum sowjetischen Ehrenmal. **Infos: www.9-mai.tk**

25 Jahre Galerie Olga Benario in Neukölln

Weitergemacht auf dem Boden der Tatsachen

Am 12. Februar 1984 war es so weit: Die VVN/VdA eröffnete in der Boddinstraße in Neukölln eine Galerie, benannt nach einer Frau, einer Neuköllnerin, beliebt, weit über Neukölln hinaus bekannt wegen ihres mutigen Engagements gegen den aufkommenden Faschismus, Jahre später verhaftet und ermordet in der »Heil- und Pflegeanstalt« Bernburg: Olga Benario.

Trotz allgemeiner Wertschätzung, welche die VVN-Mitglieder bei einem aufgeschlossenen Teil der Westberliner Bevölkerung genossen, blieb ihre Galerie in der Boddinstraße weitgehend ein Ort, an dem man ›unter sich‹ war. Versuche, über Ausstellungen und Informationsveranstaltungen neue und vor allem jüngere Menschen zu einer aktiven Mitarbeit zu gewinnen, blieben meist erfolglos. Vorbehalte gegenüber Parteien und Organisationen mit mehr oder weniger festen Strukturen waren und sind bis heute bei vielen Menschen nicht angesagt.

Unter dem Druck der Ereignisse des Jahres 1989 kam auch für die Galerie Olga Benario die Wende. Die VVN/VdA konnte die Galerie finanziell nicht mehr halten und »entließ« sie in die Selbstständigkeit. Der Plan, andere fortschrittliche Vereine, Initiativen und Gruppierungen ohne Vorbehalte und unter Respektierung ihrer Eigenständigkeit gleichberechtigt in der Galerie wirken zu lassen, konnte jetzt realisiert werden. Mitglieder der VVN/VdA sowie interessierte Gruppen und Einzelpersonen gründeten im Frühjahr 1990 das »Forum gegen Neofaschismus, Sexismus, Rassismus und Imperialismus«, sprachlich gesehen ein eher aus der Barockzeit anmutender Titel, der – diesmal politisch gesehen – schon nach außen hin die Visitenkarte des künftigen Programms war.

Schien die Frage nach der Finanzierung einer Galerie (Miete, Nebenkosten, Ausstellungsmaterialien und derlei mehr) vor 1989 »höheren Orts« immer geklärt zu sein, wurden die Träger der Galerie jetzt auf den harten Boden der kapitalistischen Marktwirtschaft geworfen. Mindestens 1000 DM pro Monat waren aufzubringen, nicht berücksichtigt die möglicherweise steigenden Mietforderungen, die sich nach dem Mauerfall pfiffige Hausbesitzer einfallen lassen würden.

»Jeder 10 Mark pro Monat – wir machen weiter!« Dieser Aufruf blieb im Jubeltaumel der Vereinigungsfeiern zum Glück nicht ungehört. Es gelang binnen kürzester Zeit, eine Anzahl von Dauerspendern für das Galerie-Projekt in seiner neuen Ausrichtung zu gewinnen. Die Arbeit konnte weitergehen, auch wenn alte Räume gekündigt wurden und neue Galerieräume angemietet und z.t. aufwendig renoviert werden mussten.

Leute, die Geld für eine gute Sache geben, und Leute, die sich mit der inhaltlichen der Arbeit in der Galerie befassen, sind selten identisch: Gruppierungen wie terre des hommes, autonome Frauengruppen, Lateinamerika-Initiativen, Antifa-Gruppen oder viele operativ arbeitende Gruppen, die z.B. zu Problemen von Asylbewerbern informieren wollen, sind meist Null-budget-Leute. Und Honorare gab's und gibt es nicht; alle arbeiten »ehrenamtlich«.

Die Finanziers wurden in den letzten zwei Jahrzehnten jedoch nicht enttäuscht. Das Galerie-Forum organisierte in diesem Zeitraum über 90 Ausstellungen, z.B. zur Geschichte des 20. Jahrhunderts (Revolution 1918/19, Spanien 1936-39, Europa unter deutscher Besatzung, Leben in der Emigration, Überleben in Zuchthäusern oder in KZ-Lagern, Zwangsarbeit, Widerstandsgruppen u.a., ferner zu ›Kalter Krieg und Restauration‹, zu den heutigen Auseinandersetzungen in Lateinamerika (Chile, Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Mexiko u.a.), zu den Kriegen und Konflikten im Nahen Osten (Palästina, Irak-Krieg, Kurdistan, Iran), zu Fragen der Flüchtlings- und Asylpolitik der BRD, Neofaschismus, Gentechnik oder zu epocheübergreifenden Themen wie zur Konzernpolitik und -praxis von Mercedes- Benz und anderen Firmen.

Auch Ausstellungen über Bertolt Brecht und das BE, Kurt Tucholsky oder Tina Modotti konnte man sehen. Allen gemeinsam war, dass es sich zumeist um Dokumentationen,

(Fortsetzung auf Seite 7)

Mit Selbstbewusstsein nach vorne blicken

Gedenk- und Informationsveranstaltung zum Arbeiterwiderstand in Berlin

»Gehen Sie nicht den alten und neuen Legenden der bürgerlichen Apologeten auf den Leim. Der Widerstand war eine Sache der illegalen Arbeiterbewegung. Wir müssen sie ehren, ohne sie zu verklären«, sagte Hans-Rainer Sandvoß, Stellvertretender an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand am 22. Januar im IG Metall Haus.



Aufmerksamkeit für den ganzen Widerstand: Rund 450 Widerstandskämpfer in Betriebszellen.
Bild: IG Metall Berlin

Seine Sätze fassen gut den Tenor des Abends zusammen, zu dem die Initiative der Berliner VVN-BdA »50 Stolpersteine für den Arbeiterwiderstand« gemeinsam mit der Berliner IG Metall und dem ver.di Fachbereich Medien, Kunst und Industrie eingeladen hatten. Die Gedenk- und Informationsveranstaltung trug den Titel »Das andere Berlin 1933-1945. Widerstand in den Betrieben während der Nazizeit«. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Nach der Begrüßung sprach zunächst Ruth Strohschein, die Tochter von Hans Schulz, über dessen Widerstand als Dreher in der Firma Ludwig Loewe in der Moabiter Huttenstraße. Ihr folgten der Historiker Christoph Hamann vom LISUM Berlin-Brandenburg (Landesinstitut für Schule und Medien) über den Widerstand im Tempelhofer Ullsteinhaus und der Betriebsratsvorsitzende der Siemens Energy Serviceorganisation, Franz Plich, über den Widerstand im AEG-Turbinenwerk.

Das andere Berlin: Widerstand in Betrieben

Hans-Rainer Sandvoß vertrat in dem Hauptreferat die These, dass der Arbeiterwiderstand in den Berliner Betrieben keineswegs Mitte der dreißiger Jahre komplett zerschlagen worden sei. Es habe viel mehr Widerstand gegeben, als bisher dazu veröffentlicht wurde – zu 70 bis 80 Prozent von Kommunisten getragen. Von den oftmals auch vor 1933 gewerkschaftlich organisierten Facharbeitern seien wenige zu den Nazis übergelaufen. »Bei der Beschäftigung mit der Frage des Widerstandes gegen die NS-Diktatur haben wir es«, so Sandvoß, »mit der Gefahr von Ideologien, Legenden und Vorurteilen zu tun, die es zu entzaubern gilt«. Es gebe Autoren, die aus Unkenntnis oder Absicht, den Arbeiterwiderstand kleinreden, um vom »fast totalen Versagen des deutschen Bürgertums abzulenken«, sagte Sandvoß. Andererseits dürfe man auch nicht einzelne Zweige oder Gruppen der Arbeiterbewegung verallgemeinern. Der Widerstand blieb auch in den Betrieben eine kleine Minderheit.

Die Historikerin Annette Neumann informierte über die Betriebszellen der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, die mit ihren etwa 450 Mitgliedern 1942 bis 1944 aktiv war. Fast 300 wurden ab Sommer 1944 verhaftet, 104 wurden hingerichtet, starben in Haft, in Konzentrationslagern oder auf andere Weise. »Die drei Gruppengründer verstanden sich als Kopf der Berliner KPD«, sagte Neumann, »und entwickelten in Anknüpfung an die Widerstandserfahrung der 1930er Jahre Vorstellungen für die illegale Arbeit und für den politischen Neuanfang nach dem Sturz des Naziregimes«. Ein wesentlicher Bestandteil war dabei der Aufbau von illegalen Betriebsgruppen – in rund 70 Berliner Betrieben und vor allem in der Rüstungsindustrie.

Arno Hager, 1. Bevollmächtigte der Berliner IG Metall, meinte in seinem Schlusswort: »Die Geschichte in Deutschland ist erst aufgearbeitet, wenn ein Film über den Arbeiterwiderstand mit Massenszenen gedreht wird.« Aber es sei manchmal schwierig, im Alltag das Gedenken und Erinnern den gebührenden Platz einzuräumen. Zuletzt habe man im Jahr 2003 gemeinsam mit der Historikerin Tanja von Fransecky die Studie »Zwangsarbeit in der Berliner Metallindustrie 1939-1945« erstellt.

Er hätte in der Vergangenheit oft Kontakte mit Gewerkschaftern gehabt, sagte zum Ende des Abends Hans Coppi, Vorsitzender der Berliner VVN-BdA. Aber eine so große gemeinsame Gedenkveranstaltung habe er seit 1990 nicht mehr erlebt. Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall müsse man sagen: »Wir sind wieder dabei, mit Selbstbewusstsein auf unsere gemeinsame Geschichte zu blicken.« Er hoffe von dem Abend gehe ein Signal für zukünftige gemeinsame Aktivitäten aus.

Und vielleicht war es das gewünschte Signal: Bereits Ende Februar trafen sich dann Hans Coppi, Stefan Heinz, der eine Dissertation über den gewerkschaftlichen Widerstand schreibt, mit Detlef Fendt, Vertrauenskörperleiter im Marienfelder Daimler-Werk. Zusammen mit jüngeren Historikern wolle man jetzt prüfen, wie mit weiteren Interessierten Widerstand und Zwangsarbeit bei Daimler erforscht werden kann. Die Ergebnisse, so die bisherige Planung, sollen an die Belegschaft weitergeben sowie zudem ein öffentlicher Ort des Erinnerns und Gedenkens geschaffen werden.

Jörg Meyer

(Fortsetzung von Seite 6)

Plakat- oder Fotoausstellungen handelte. (Ganz selten waren es Kunstausstellungen, wie sie ins Bild traditioneller Kunst-Galerien gepasst hätten, und wenn, dann transportierten sie dezidiert politische Inhalte.) Begeleitet wurden diese Ausstellungen von Veranstaltungen (teilweise bis zu 70 pro Jahr) mit Filmen, Vorträgen von Fachleuten oder Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

In über zwei Jahrzehnten wurde die Galerie Olga Benario weit über die Neuköllner Bezirksgrenze hinaus bekannt. Bislang uns unbekannte Personen oder Gruppen aus Berlin oder anderen Städten boten uns ihrerseits Ausstellungen und Programme an. Die Galerie Olga Benario hat sich in dieser Zeit durch die Unterstützung und Mithilfe vieler Menschen zu einer Adresse entwickelt, wo wir alle – ganz im Geiste Olga Benarios – unseren kleinen Beitrag leisten können: Aufklärung und Bewußtsein zu schaffen für die Gestaltung einer Welt ohne Ausbeutung, Hunger und Krieg.

Axel Hauff

Weitere Infos unter forum@galerie-olga-benario.de

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA
Postbank Berlin
Konto-Nr: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Das vergess ich nie!

Auschwitzkomitee erinnert an Günther Schwarberg

»Wegen Überfüllung geschlossen!« Ins Polittbüro am Hamburger Steindamm passt am Mittag des 25. Januar niemand mehr rein. Das Auschwitz-Komitee erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz und widmet diese Veranstaltung seinem Ende 2008 verstorbenen Freund Günther Schwarberg und den Kindern vom Bullenhuser Damm.

Esther Bejarano, Komitee-Vorsitzende, hat ein Grußwort geschickt, sie spricht in Berlin zeitgleich auf einer Konferenz gegen Rechtsextremismus. Moritz Terfloth moderiert wieder kenntnisreich und einfühlsam. Viele FreundInnen sind da: Elsa Werner, Steffi Wittenberg, Peggy Parnass, die Reichenbaums aus Israel, Norman Paech und, auf der Bühne, Sylvia Wempner, Rolf Becker, Joachim Kuntzsch. Eckar Spoo, Mitherausgeber des »Ossietzky«, würdigt Wirken und Werk seines Freundes: »Vieles, was wir heute wissen, verdanken wir Günther Schwarberg, der es erforscht und aufgeschrieben und uns in seiner freundlichen, klugen, einprägsamen Sprache vermittelt hat.«

Aufklären wollte Günther. Und mit der Spurensuche nach Verwandten der 20 ermordeten Kinder hatte er sich seit 1977 eine Lebensaufgabe gestellt, immer begleitet von seiner Frau Barbara Hüsing. Der Umgang der Justiz mit NS-Verbrechern forderte ihn heraus. 1967 hatte der Hamburger Oberstaatsanwalt Helmuth Münzberg ein Ermittlungsverfahren eingestellt. Begründung: Es fehle das Mordmerkmal der Grausamkeit. »Ihnen [den Kindern, d. Verf.] ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden.« Und der SS-Obersturmführer Arnold Strippel, der den Kindermord am Bullenhuser Damm befohlen hatte, war wieder frei, 121 500 DM Haftentschädigung als Zugabe. Öffentlich wurde das durch Günthers Artikelserie, und seit 1980 treffen sich am 20. April Verwandte der 20 Kinder aus aller Welt in der Schule am Bullenhuser Damm, um zu erinnern.



Rolf Becker, Ulrich Sander und Barbara Hüsing im Keller der Gedenkstätte Bullenhuser Damm. Bild: H. Obens

Film über das Bullenhuser-Damm-Tribunal

1986 initiierte Günther mit der Vereinigung »Kinder vom Bullenhuser Damm« ein Tribunal. »Wir wollen Gerechtigkeit, nicht Rache«, war die Forderung. Aufgezeichnet wurde das in der Dokumentation »Das Tribunal. Mord am Bullenhuser Damm«. Die Erstausstrahlung in der ARD im November 1986 erregte Teile der Richterschaft. Vom »Demagogen« Schwarberg war da die Rede. Am 25. Januar 2009 sehen etliche hundert Menschen in Hamburg diesen Film im Kino Polittbüro, sehen dieses zeitgeschichtliche Dokument für die Kontinuität der antifaschistischen Aufklärung – und würdigen so die Arbeit von Günther und seinen Freunden.

Rolf Becker spricht dann einen anderen Aspekt des Schaffens von Günther an, seine Recherchen zu Fritz Löhner-Beda, dem Librettisten, dem »weltberühmten Unbekannten«, der, wie Günther sagte, »die schönsten Lieder der Welt schrieb« und dann in Auschwitz erschlagen wurde. Und Joachim Kuntzsch, Sänger, Sprecher, Komponist und Pianist singt es dann, das »Buchenwaldlied«, begleitet sich am Flügel. Meisterlich. Getextet hat Fritz Löhner-Beda es im KZ Buchenwald, wo Hermann Leopoldi es auch vertonte. Sylvia Wempner liest für Günther aus seinem letzten Buch »Das vergess ich nie. Erinnerungen aus einem Reporterleben«. Es ist absolut still im Saal. Was für ein Leben. Aber: die Worte und Bücher bleiben!

Fahrt zur Gedenkstätte in Rothenburgsort

Gegen 16 Uhr: Im draußen wartenden Bus wird es eng, es geht weiter zur Gedenkstätte Bullenhuser Damm. Ulrich Sander aus Dortmund, 1947 eingeschult am Bullenhuser Damm, erinnert sich und berichtet über die Schulspeisungen im Keller der Schule und an das große Beschweigen in der Nachkriegszeit. Und auch hier wird alles Gesagte virtuos in Deutsche Gebärdensprache gedolmetscht, wie es vom Auschwitz-Komitee bei allen Großveranstaltungen angeboten wird.

Im Rosengarten draußen vor der Gedenkstätte treffen sie sich dann: Der Schauspieler Rolf Becker, der leidenschaftlich mahnt, Mut zu zeigen gegen die Rechten und Ewiggestrigen – und Bella und Yitzack Reichenbaum aus Israel. Yitzacks Bruder Eduard Reichenbaum wurde nur elf Jahre alt. Er war eines der 20 ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm.

Danke, Günther Schwarberg. Wir vergessen dich nie.

Helga Obens

»Täter – Opfer – Widerstand«
Antifa auf der Leinwand

In Kooperation mit dem Kino Metropolis im Savoy zeigt die VVN-BdA jeweils Sonntag, 17 Uhr, antifaschistische Filme. Hier die nächsten Termine:

29. März
»Mir zeynen do«
D 1992, Ingrid Strobel
Sechs junge Frauen gehörten zu den jüdischen WiderstandskämpferInnen von Bialystok, die 1942 gegen die Liquidierung des Ghettos und ihre Deportation in das Vernichtungslager Treblinka gekämpft haben. (90 Min.)

19. April
»Brigadistas«
D 2006, Daniel Burkholz
Ab 1936 begaben sich 40 000 junge Menschen aus der ganzen Welt nach Spanien, um die Republik gegen den faschistischen Putsch zu verteidigen. 1939 war die Republik besiegt und die Internationalisten wurden in ein ungewisses Schicksal verabschiedet.

Der Film begleitet uns auf eine Reise von 36 der letzten Überlebenden an die Orte ihres Kampfes. Sie nehmen uns mit auf diese Reise und machen deutlich, dass die Ideale, für die sie damals kämpften, nichts an Aktualität eingebüßt haben. Mitveranstalter: Freunde und Kämpfer der Spanischen Republik (KFSR). Der Regisseur wird anwesend sein. (45 Min.)

10. Mai
»Wer nicht kämpft hat schon verloren«
D 2007, Hermann G. Abmayr
Im Mai 1919 wurde der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) gegründet.

Die enge Verbindung zwischen Antifaschismus und gewerkschaftlichen Kämpfen für die Interessen der arbeitenden Menschen wird exemplarisch in der Person von Willi Bleicher, Buchenwalder und IG Metall-Vorsitzender, deutlich. (90 Min.)

»Unmöglich zu beschreiben«

Initiative erinnert an Zwangsarbeiterlager in der Lederstraße

Dank der Initiative der Eidelstedter VVN-BdA-Gruppe und des jahrelangen Engagements der Kameradin Anke Schulz wird nun endlich im April eine Tafel zum Gedenken an die Insassen eines der größten Zwangsarbeiterlager im Raum Hamburg angebracht. Es war das Lager der Deutschen Arbeitsfront (DAF).



Essensausgabe an Zwangsarbeiter des DAF-Lagers bei einem Arbeitseinsatz. Bild: Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Zahlreiche Institutionen und Privatpersonen wie die Hamburger Geschichtswerkstätten, die Gesamtschule Stellingen und der Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Neuengamme unterstützten unser Anliegen. GAL, SPD und DIE LINKE bewilligten die notwendigen Sondermittel des Bezirks Eimsbüttel. Die Bahn AG gab ihr Einverständnis als »Hausherrin« im Bahnhof, in dem die Tafel hängen wird. Die Einweihung ist für den 17. April geplant, am 8. Mai erinnert die VVN-BdA mit einer Veranstaltung im Bürgerhaus Eidelstedt an die Geschichte des Zwangsarbeiterlagers und des Vergessens.

Das von der DAF betriebene Zwangsarbeiterlager in der Lederstraße bestand von 1942 bis 1945. Bis zu 3000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Osteuropa und Militärinternierte aus Russland und Italien mussten für umliegende Gewerbetreibende schuften und im Lager unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Herr Kowalik, ein Überlebender aus Weißrussland: »Ständig hatte ich Hunger. Ich musste im Müll wühlen, um etwas Essbares zu finden. Wachleute hatten uns deswegen bestraft, mit Knüppeln brutal geprügelt.«

Ein Mörder ohne Strafe

Wegen »Sabotage und Plünderungen« nach einem Bombenangriff ordnete im August 1943 Kommissar Schweims die Erschießung von 24 Zwangsarbeitern des Lagers in den nahe gelegenen Winsbergen an. Wie viel zu viele Nazi-Verbrecher konnte auch Schweims nach 1945 unter falschem Namen untertauchen. Erst kurz vor seinem Tode wurde er verhaftet und das Verfahren gegen ihn »aus gesundheitlichen Gründen« eingestellt.

Nach 1945 wurden die Baracke für Flüchtlinge und Bombenopfer genutzt. Mit der Ansiedlung von Industrieunternehmen in der Lederstraße verschwanden sie – und mit ihnen die Erinnerungen der neuen Bewohner der angrenzenden Stadtteile an das Lager. Zur Einweihung der Tafel wird die VVN-BdA eine Informationsbroschüre über das Zwangsarbeiterlager in der Lederstraße herausgeben.

Frau Tschemozubowa, Überlebende aus St. Petersburg, sagte, sie habe »Erinnerungen, die unmöglich zu beschreiben sind«.

Anke Schulz

Termine: Ostermarsch und Jahrestag der Befreiung

Donnerstag, 7. Mai
Erinnern für die Zukunft!
»Gegen Henlein und Hitler – Jugend im antifaschistischen Widerstand«: Lorenz Knorr, geboren 1921, berichtet über den Widerstand gegen den Faschismus unter den Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei. Gemeinsam mit AG Jugendweihe, Landesjugendring, SJD - Die Falken HH. 19.30 Uhr, Bürgertreff Altona Nord, Gefionstraße 2 (S-Bf. Holstenstraße)

Freitag, 8. Mai
Erinnerung an das Zwangsarbeiterlager Lederstraße
Veranstaltung der VVN-BdA Eidelstedt. Mit Beiträgen von Anke Schulz und Eidelstedter Schüler/innen. Musik: Duo Z. 19.30 Uhr, Bürgerhaus Eidelstedt

Sonntag, 10. Mai
Blumenniederlegung für die Opfer des Faschismus
Redner: Lorenz Knorr. Musik: Rotdorn (angefragt). 11 Uhr, Mahnmal, Friedhof Ohlsdorf. Bitte Blumen mitbringen

Freitag, 15. Mai
Alternative Stadtrundfahrt »Jugendopposition und –widerstand« Veranstalter: LJR, VVN-BdA, AG Jugendweihe, SJD-Die Falken. 17 Uhr, ZOB.

Montag, 13. April
Wir sehen uns beim Ostermarsch!
Start: Friedenskirche Otzenstraße, Uhrzeit wird noch bekannt gegeben.
Abschluss: Friedensfest auf dem Großneumarkt.

Redaktion: W. Siede
E-Mail: wolframsiede@gmx.de

Heppenheim:

Demo gegen gewalttätige Nazis

Gegen lokale Nazigruppen, die im »Aktionsbüro Rhein-Neckar« organisiert sind, demonstrierten in Heppenheim (Bergstraße) rund 250 Nazigegner unter dem Motto »Das Ende der rechten Gewalt – Nazistrukturen offen legen«. Die immer wieder an gewalttätigen Überfällen unter anderem in Ludwigshafen, Mannheim und Benzheim beteiligten Rechtsextremisten hatten auch am 26. Januar Nazigegner attackiert, die Flyer zur Demo verteilten. **P. A.**

Frankfurt am Main:

Anna Beyer und der Koffer

Hundert Jahre alt geworden wäre Anna Beyer am 2. Februar. Anlässlich dieses Datums erinnerten sich in Frankfurt Sozialdemokraten und AWO-Mitglieder an die aktive Hitlergegnerin, die vor allem durch die »Kofferaktionen« berühmt wurde.

Das ging 1933 so: Für eine Aktion gegen die Nazis diente ein Spezialkoffer, an dessen Unterseite in Spiegelschrift Parolen wie »Nieder mit Hitler« geklebt waren. Aus dem Innern des Koffers wurden diese Buchstaben mit einer chemischen Lösung getränkt, die bei Tageslicht sichtbar wurden.

Bei Dunkelheit waren jeweils zwei Leute als »Liebespaar« unterwegs. Bei jeder Umarmung setzten sie den Koffer ab und so wurde jedes Mal eine Anti-nazi-Parole gedruckt – zum Beispiel auf dem eisernen Steg in Frankfurt, wo Anna Beyer und Ludwig Gehm das Liebespaar bildeten.

Anna Beyer arbeitete ab 1933 im Widerstand, emigrierte 1937, kehrte 1945 nach Frankfurt zurück und war bereits im Juni 1945 als eine der »Frauen der ersten Stunde« mit Marie Bittorf an der Wiedergründung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) beteiligt. **P. A.**

VOR 70 JAHREN IN HESSEN (TEIL 1)

Der Weg in den Krieg

Als am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen der deutsche Faschismus den Zweiten Weltkrieg auslöste, war dies eigentlich nur der Schlusspunkt einer Entwicklung, die viele Monate zuvor – auch in Hessen – ihren Ausgangspunkt genommen hat.

Bekannt ist, dass der faschistische Staat mit Hilfe des Vier-Jahres-Plans von 1936 Militär und Gesellschaft einsatzfähig machen wollte. Auch die deutsche Wirtschaft musste kriegsfähig gemacht werden. Nutznießer dieser Politik waren in Hessen vor allem die großen Rüstungsschmieden im Rhein-Main-Gebiet und in Kassel, hier insbesondere die Werke von Henschel, Wegmann und Fieseler. Nachdem die Henschelwerke bereits in der Weimarer Zeit illegal an gepanzerten Fahrzeugen gearbeitet hatten, wurden nach der Machtübertragung an den Faschismus alle Hemmungen abgelegt. So konnte schon Mitte der 30er Jahre die Serienproduktion der Panzerkampfwagen I und II aufgenommen werden, die im Laufe der Jahre 1937/38 auf eine Stückzahl von zirka 3000 gesteigert wurde.

Kriegsstrategie wurde in Kassel entwickelt

Natürlich waren diese Zahlen noch nicht ausreichend für einen langfristigen Krieg, es war aber die Grundlage für die neue Kriegsstrategie des schnellen Panzerkriegs, einer der Gründe für die militärstrategische Überlegenheit der deutschen Wehrmacht in den ersten Kriegsjahren. Und so war es nur naheliegend, dass dort, wo die Kriegsproduktion ihren Sitz hatte, auch die Entwicklung einer entsprechenden Militärstrategie stattfand. Dafür zeichnete in Kassel das Generalkommando der Reichswehr in Wilhelmshöhe verantwortlich. Als damals größtes Bürogebäude Kassels mit 600 Zimmern und sieben großen Sitzungssälen sollte es für die militärischen kriegsvorbereitenden Planungen des Oberkommandos der Wehrmacht Raum bieten. Hier wurden die Vorarbeiten für den »Fall Weiß«, den Mobilisierungsplan für den Überfall auf Polen vom Frühjahr 1939 entwickelt.

Um erfolgreich einen Krieg führen zu können, war es notwendig, die eigene Bevölkerung auf diese Politik einzustimmen. Gerade die für die Imperialisten traumatischen Erfahrungen aus der Endphase des Ersten Weltkriegs, als durch Hungerdemonstrationen, Streiks in der Rüstungsindustrie und mit der Novemberrevolution – getragen durch Arbeiter- und Soldatenräte – die Kriegszielpolitik des deutschen Imperialismus scheiterte, war für die Nazipolitik das Menetekel, wie notwendig es sei, die Bevölkerung rechtzeitig auf Krieg einzustellen. Noch im Herbst 1938 mussten die Herrschenden erleben, dass im Zusammenhang mit der Verschärfung der Spannungen gegenüber der Tschechoslowakei in der Bevölkerung Kriegsangst und nicht Revanchismus vorherrschend war. Das Münchener Diktat und die anschließende Besetzung des Sudetengebietes im Oktober 1938 war daher nicht nur ein strategischer Erfolg, sondern auch ein ideologischer Sieg für die Kriegsplanung – Expansion ist auch ohne Krieg möglich.

Dass Krieg und Zerstörung aber nötig und in menschenverachtender Form gegen »rassisch Minderwertige« möglich sei, das demonstrierten die Naziorganisationen in der Pogrom-Aktion im November 1938. Und auch hier war Hessen führend – begannen doch in Kassel und Nordhessen die brutalen Übergriffe bereits zwei Tage vor den reichsweiten Aktionen. Dies alles fand vor den Augen der Öffentlichkeit statt und sollte die Bereitschaft der Bevölkerung für den geplanten Krieg fördern.

Novemberpogrom 1938 förderte Kriegsbereitschaft

Dass der Weg auf Krieg hinauslief, wurde in den folgenden Wochen und Monaten immer deutlicher, als die territorialen Forderungen des deutschen Faschismus lauter wurden und im März 1939 deutsche Truppen die »Rest-Tschechei« besetzten, nachdem man zuvor dem Separatismus der Slowakei Rückendeckung gegeben hatte. Zu dieser Politik der Expansion gehörte aber auch die ideologische Begleitmusik der »Friedensbeteuerungen«, wie sie in der üblichen faschistischen Massenaufmarsch-Regie anlässlich des 50. Geburtstag des »Führers« 1939 inszeniert wurde. Bis in die kleinsten Orte des Deutschen Reichs wurde dieses Datum mit entsprechenden Mobilisierungen begangen. In Rotenburg an der Fulda beispielsweise wurden an der Hauptstraße die Schäden an einem im November 1938 demolierten jüdischen Geschäft mit einem neuen Bretterverschlag versteckt, damit das Bild der »heilen faschistischen Welt« nicht durch solche unschönen Hinterlassenschaften beschädigt würde.

Und während die Propagandaredner der NSDAP die »Friedensbereitschaft« des Deutschen Reiches verkündeten, feilten in den Räumen des Kasseler Generalkommandos bereits die Militärstrategen an den Details des Aufmarschplans gegen Polen.

Ulrich Schneider

Eine Nachbetrachtung zur hessischen Landtagswahl

Extreme Rechte auf dem Weg nach Europa?

Auch in Deutschland bereiten sich die Parteien der extremen Rechten auf das »Superwahljahr« mit den Höhepunkten Europawahl und Bundestagswahl vor. Obwohl sie erklärte Gegner Europas sind, hoffen sie doch auf eine Vernetzung mit anderen rechtspopulistischen und neofaschistischen Parteien Europas.

Damit soll eine eigene Fraktion im EU-Parlament gebildet werden. Und das wäre der Zugang zu den »Fleischtöpfen« – oder richtiger zu den Geldquellen der Europäischen Union. Dafür ist es notwendig, erst einmal eine hinreichende Zahl von Wählerstimmen zu erreichen – und zwar nicht allein in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch in allen anderen Bundesländern. Doch dafür spricht nach den aktuellen Wahlergebnissen in Hessen wenig. Natürlich darf nicht übersehen werden, dass die Landtagswahlen in Hessen unter besonderen Bedingungen stattfanden: Ein sehr kurzer Wahlkampf, ein Zeitfenster, das durch Vorweihnachtszeit und Winterwahlkampf klassischen Wahlauftritten Probleme bereitete, eine Zuspitzung der Wahl auf »Koch gegen Schäfer-Gümbel« etc.

Damit waren die extrem rechten Wahlparteien NPD und REP von Anfang an aus dem Blickwinkel. Dennoch war das Ergebnis überraschend erfreulich. Keiner der beiden Parteien gelang es, die – finanziell wichtige – Ein-Prozent-Hürde zu überspringen, so dass in diesem Fall selbst die staatliche Wahlkampfkostenerstattung ausfiel.

Misserfolg der Rechten bei der Hessenwahl

In der Analyse der Einzelergebnisse fällt auf, dass auch in den früheren »Hochburgen« der NPD die Partei deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen musste. Der Aderlass der Funktionärsriege spiegelte sich in den regionalen Wahlergebnissen wider.

Grund für Entwarnung besteht damit aber nicht. Rassismus, Islamophobie wie Antisemitismus und Chauvinismus sind mit dem Wahlergebnis nicht verschwunden, sie konnten noch nicht einmal durch die CDU, die noch einmal 50 000 Wählerstimmen verlor, mobilisiert werden. Zumeist verschwanden diese Stimmen bei den Nichtwählern. Damit bleibt die Gefahr einer zukünftigen Virulenz – jedoch dürften wir uns kurzfristig mit der Erwartung trösten, dass die extreme Rechte im Europäischen Parlament im Juni 2009 ohne deutsche Abgeordnete auskommen muss.

Bernd Kant

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

DGB Hessen fordert NPD-Verbot

Erneut Angriffe auf Antifaschisten nach Demo in Dresden

Nachdem im Sommer 2008 der Überfall von Neonazis auf das Jugendcamp von solid für Schlagzeilen gesorgt hat, kam es im Februar anlässlich der breiten antifaschistischen Demonstration gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden erneut zu einem Überfall von Neonazis auf hessische Gewerkschaftsmitglieder.

Teilnehmer der antifaschistischen Demonstration wurden auf der Rückreise von Neonazis angegriffen. Ein Gewerkschafter wurde so schwer verletzt, dass er mit einer Schädelverletzung in der Universitätsklinik von Jena operiert werden musste.

Aufgrund dieser Vorfälle forderte der DGB Hessen die Landesregierung auf, sich für ein neues Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme NPD einzusetzen. Der hessische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell sagte, Innenminister Volker Bouffier (CDU) dürfe sich nicht länger hinter juristischen Scheinargumenten verstecken. »Wer jetzt immer noch von der Harmlosigkeit der NPD und deren Sympathisanten redet, macht sich nicht nur moralisch, sondern auch juristisch strafbar.« Die Angriffe aus der Neonazi-Szene auf Gewerkschaftsmitglieder würden immer brutaler. Der Angriff vom Mitte Februar müsse als trauriger Höhepunkt gelten, so Körzell. Auch die DGB-Region Südhessen und die vier südhessischen DGB-Kreisverbände Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und Odenwaldkreis fordern ein sofortiges Verbot der NPD. Nach dem Überfall von Nazis auf die Teilnehmer der Protestaktion von Dresden am 14. Februar erinnerten die Gewerkschafter daran, »dass im letzten Jahr statistisch gesehen jeden Tag irgendwo in Deutschland zwei Menschen von Neonazis überfallen und zusammengeschlagen wurden« und in Deutschland allein seit 1990 mehr als 140 Menschen von Neonazis ermordet wurden.

Die Gewerkschafter halten es für nicht hinnehmbar, dass die NPD Staatsgelder erhält und damit letztlich die Bürgerinnen und Bürger die braune Propaganda mitfinanzieren: »Solange die NPD nicht verboten ist, nutzt sie erklärtermaßen alle Vorteile rücksichtslos aus, die ihr durch einen legalen Status geboten werden. Das alles kann mit einem Verbot der NPD unterbunden werden«, stellt der DGB fest. »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.«

Verdächtige kommen aus Südhessen

Besorgt zeigt sich der südhessische DGB darüber, dass von den Verdächtigen des Nazi-Überfalls etliche Personen aus der Bergstraße und aus Gemeinden im Darmstädter Umland stammen. »Rechte Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Die braunen Schläger müssen schnellstmöglich vor Gericht gestellt und in den Knast geschickt werden. Für braune Verbrecher, Holocaustleugner und Geschichtsfälscher ist in Südhessen kein Platz. Alten und neuen Nazis muss ihr verbrecherisches Handwerk endlich gelegt werden.«

Der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel verurteilte am Montag den brutalen Überfall scharf. »Er zeigt, wie notwendig eine konsequentes Vorgehen gegen rechte Gewalt ist«, sagte Schäfer-Gümbel in Wiesbaden.

Die Landtagsfraktion der Grünen warnte davor, sich von der Kriminalstatistik in Hessen täuschen zu lassen. Es seien zwar keine steigenden Zahlen von Taten Rechtsradikaler gemeldet, aber der Überfall zeige, »dass die Täter immer brutaler werden«. Die Grünen forderten vom Innenminister, »in Zukunft verstärkt die Rechtsextremisten-Szene ins Visier zu nehmen«.

Die hessische VVN-BdA erneuerte ihre Forderung für ein NPD-Verbot. Die nonpd-Kampagne ist angesichts solcher gewalttätiger Übergriffe dringender denn je, unterstrich der Landesausschuss.

Bernd Kant

Jürgen Redhardt – Theologe und Antifaschist

Trauer um langjährigen Landesvorsitzenden der VVN-BdA

Am 7. Januar 2009 verstarb im Alter von 82 Jahren der langjährige Vorsitzende der hessischen VVN-BdA, Prof. Dr. Jürgen Redhardt, aus Gießen.

Geboren am 8. Mai 1926 erlebte er als Kind und Jugendlicher den Alltag im deutschen Faschismus und seine ideologischen Wirkungen. Für ihn war das Jahr 1945 mit dem klaren Bekenntnis verbunden, so etwas nie wieder zuzulassen. Und so feierte er an seinem Geburtstag auch immer den Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg.

Ihm ging es vor allem um die Gewinnung der Menschen. Konsequenterweise studierte er Theologie und Psychologie und arbeitete zunächst als Religionspädagoge. 1965 wechselte er an die Universität Gießen, wo er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1991 Religionspsychologie und Didaktik des Evangelischen Religionsunterrichts lehrte. Im Zentrum seines Interesses stand die Rolle von Christen in Gesellschaft und Politik: Christen müssen Verantwortung übernehmen, für eine gerechte



Jürgen Redhardt

und soziale Gesellschaft. Diese Haltung gab er seinen Studenten weiter und er vertrat sie in der – von Martin Niemöller geprägten – Landeskirche von Hessen und Nassau.

In den 1960er Jahren fand Jürgen Redhardt die Verbindung zur VVN, als er bei der Gründung des Studienkreises Deutscher Widerstand in Frankfurt/M. mitwirkte. Seine Forschungsarbeit »NS-Zeit im Spiegel des Schulbuchs« wurde wegweisend für die Bewegung zur Schulbuchkritik, die Anfang der 1970er Jahre vor allem junge Generationen erfasste.

Trotz großer beruflicher Belastung war er bereit, politische Verantwortung für die antifaschistische Organisation zu übernehmen. Er wurde hessischer Landesvorsitzender und Mitglied im Präsidium der VVN-BdA. In dieser Funktion trat er bei zahlreichen Veranstaltungen, Kundgebungen und Diskussionsrunden auf. Seine theologisch abgeleiteten Begründungen eröffneten neue Perspektiven für antifaschistische Gesprächspartner.

Nach seiner Emeritierung an der Hochschule folgte er seinem persönlichen Lebensentwurf und zog sich auch aus der organisationspolitischen Arbeit der VVN-BdA Hessen zurück. Er lebte von der Zeit an einen größeren Teil des Jahres in Irland. Der Arbeit der Organisation und der antifaschistischen Idee blieb er jedoch bis zuletzt als Mitglied der VVN-BdA verbunden.

Die VVN-BdA Hessen verliert mit Jürgen Redhardt einen aufrechten, konsequenten und integren Mitstreiter und Repräsentanten der antifaschistischen Ideale. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ulrich Schneider
Landesausschuss Hessen

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Sind wir stark genug gegen Rechts?

12. Antifaschistische Sozialkonferenz erörtert Rechtsextremismus der Mitte

Am 31. Januar 2009 tagte im Pavillon in Hannover die Antifaschistische Sozialkonferenz. Dass dieses Projekt nunmehr zum zwölften Mal in Folge aus Anlass des Auschwitz-Gedenktags durchgeführt werden konnte, ist für sich schon ein wichtiges Faktum.



Auch Aufklärungsarbeit in Betrieben und Gewerkschaften wurde diskutiert.

Bilder: Hartung

Unüberhörbar war noch zu Jahresbeginn die Skepsis im Kreise der Veranstalter, ob diese Form der Auseinandersetzung mit der Thematik und der damit verbundene Aufwand noch angemessen seien. Die optimistischen Stimmen setzten sich jedoch durch, zumal bald Einigkeit darüber erzielt werden konnte, dass es einmal notwendig wäre, nicht nur den kritischen Blick nach rechts zu richten, sondern eine selbstkritische Bilanz der Abwehrkräfte der Gesellschaft gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus zu ziehen.

Dieser Intention gemäß wurde das Programm gestaltet: Dr. Dieter Molthagen von der Friedrich-Ebert-Stiftung referierte einleitend zum Thema »Ein Blick in die Mitte – Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen.« Er stellte die Ergebnisse empirischer Studien von 2006 und 2008 vor, in denen zwischen rechtsextremen Denk- und Verhaltensweisen differenziert wurde. Eines der Ergebnisse beider Studien ist, dass solche extremen Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft reichen. In unterschiedlichem Ausmaß trifft dies auf extremen Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und autoritäres Staatsdenken zu.

Professor Dr. Rudolf Leiprecht, Universität Oldenburg, referierte zum Thema »Rassismuskritik in der Mitte der Gesellschaft«. Er wandte sich gegen die gängige Vorstellung, dass Rassisten immer die Anderen seien. Vielmehr beinhalte jede kollektive Verallgemeinerung eine rassistisch Tendenz. Er setzte sich für eine partizipative Bildung ein. »Selbstwirksamkeit« müsse entwickelt und Pluralität verteidigt werden. Die Erinnerungskultur an die deutsche Schuld müsse gepflegt werden. Eine Gleichstellung der »beiden deutschen Diktaturen« sei dabei nicht zulässig!

Arbeit in Arbeitsgruppen

In vier Arbeitsgruppen befasste sich die Teilnehmer/innen der Konferenz anschließend mit der praktischen Arbeit in Projekten und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus.

- Andreas Sedlag stellte in der ersten Arbeitsgruppe das Projekt »Schule ohne Rassismus / Schule mit Courage« vor, das mittlerweile bundesweit vernetzt ist und über zahlreiche Kooperationspartner verfügt.
- Stefan Hölzer von der VVN-BdA, Vertrauenskörperleiter bei VW Braunschweig, berichtete in der zweiten Arbeitsgruppe über die antifaschistische Arbeit der Gewerkschaften.
- Michel Pechel vom Netzwerk Erinnerung und Zukunft Region Hannover referierte über die Perspektiven der Gedenkstättenarbeit.
- Rudi Klemm vom Weser-Aller-Bündnis für Demokratie und Zivilcourage leitete die Arbeitsgruppe »Was tun Vereine und lokale Bündnisse?«



Pausengespräch zwischen den Generationen.

Sebastian Wertmüller, Vorsitzender der DGB-Region Niedersachsen-Mitte, nutzte die Anwesenheit der zahlreichen aktiven Antifaschistinnen und Antifaschisten, um über den Stand der Vorbereitungen zur Abwehr des drohenden NPD-Aufmarsches zum 1. Mai 2009 in Hannover zu berichten.

Ihren Abschluss fand die Konferenz in einem kulturellen Beitrag des Klecks-Theaters Hannover. In dem Stück »Die erste Stunde« von Jörg Menke-Peitzmeyer wurden gängige rassistische Klischees durch Hussein El-Award souverän in Szene gesetzt.

Fazit vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Das rege Interesse und der gute Besuch rechtfertigt die Weiterführung des Projekts »Antifaschistische Sozialkonferenz«. Das Verhältnis zwischen Vorträgen und Arbeitsgruppen müsste aber neu bestimmt werden.

Die VVN-BdA, traditionell als Mitveranstalter aktiv, war auch diesmal mit einem Büchertisch und mit einem Transparent zum NPD-Verbot präsent. **rwk**

Die genannten Studien sind verfügbar über die Friedrich-Ebert-Stiftung, unter www.fes.de/rechtsextremismus.

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

»Fout« geworden oder »fout gemaakt«

Deutsch-niederländisches Antifa-Seminar in Papenburg

»Falsch« geworden oder »falsch« gemacht? Zu dieser Fragestellung trafen sich Ende Februar 35 Menschen in Papenburg. Eingeladen hatte das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ). Das Besondere des Seminars: Die Gäste stammten sowohl aus Norddeutschland wie aus den Niederlanden.

Thema war zum einen die Ausprägung der NSB (Nationalsozialistischen Bewegung) in den Niederlanden vor und nach der Besetzung durch Nazi-Deutschland. So galt der erste Abend der Beleuchtung der »Diktatur des Gesangs«: Der NSB schuf eigens »vaterländische Evergreens« und Kampflieder.

Zum anderen wurde das »Trauma der zweiten Generation« sehr eindrücklich klar gemacht: Zu Gast waren zwei Zeitzeuginnen, Kinder des Krieges: Loes Schneider und Fanny Heymann. Ihre Geschichten sind sehr unterschiedlich, aber beide waren gleichermaßen traumatisiert.

Loes Schneider wurde 1942 in den Niederlanden als Tochter eines deutschen Soldaten geboren, Fanny Heymann im gleichen Jahr in Amsterdam als Tochter eines aus Deutschland geflüchteten Juden. Beide kannten ihren Vater nicht, beide litten in unterschiedlicher Weise unter dem Verlust einer vollständigen Familie und den politischen Verhältnissen.

Die Herausarbeitung ihrer Lebensgeschichten, die ein Spiegelbild der menschenverachtenden Nazi-Ideologie ist, wurde sehr beeindruckend durch eine Interview-Form entwickelt und bezeugt einmal mehr: Krieg ist ein Verbrechen! Faschismus ist ein Verbrechen!

Ein dritter Aspekt beleuchtete die Niederländische Politik und die Verfolgung von Kollaborateuren und NS-Verbrechern in der Zeit von 1945-1989. Man kann zusammenfassend sagen, dass vergleichend zu Deutschland oder Österreich ähnliche Wellenbewegungen in der Entscheidungsfindung festzustellen sind. Nach dem Ende der deutschen Besatzung wurden in den Niederlanden mehr als 100 000 Kollaborateure und Kriegsverbrecher verhaftet. 1962 waren nur noch vier Kriegsverbrecher – allesamt Deutsche – (in Breda) inhaftiert.

Ein gesonderter Vortrag betraf das »Internierungslager Kamp Westerbork« (1945-1948). Dieses Lager hat eine besondere Geschichte: 1939 war es gebaut worden als Flüchtlingslager für jüdische Reichspogromnacht-Flüchtlinge aus Deutschland. Nach dem Einmarsch der Nazis (1940) bauten diese das Lager, das zum Schutz der Juden dienen sollte, 1942 in ein KZ um – sie vergrößerten es um das Doppelte. Westerbork wurde zum Durchgangslager für über 107 000 niederländische Juden nach Auschwitz, Sobibor und Terezìn.

Aufruf zum Gedenken in Bergen-Belsen am 19. April

Die VVN-BdA Niedersachsen ruft auf zum Gedenken anlässlich des 64. Jahrestages der Befreiung des KZ Bergen-Belsen. Auch zur Teilnahme an der Veranstaltung auf dem Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten bei Bergen-Belsen ruft der Landesverband auf. Gemeinsam mit dem DGB ehrt die VVN-BdA die über 20 000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die dort ihr Leben lassen mussten.

10.30 Uhr: **Offizielle Kranzniederlegung**
mit Ansprache eines Überlebenden auf dem Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof

11.30 Uhr: Gedenkfeier
am Obelisken und am Jüdischen Mahnmal, anschließend Tee und Kaffee in der Cafeteria

13.30 Uhr: Gedenkfeier von VVN-BdA und DGB
Es sprechen Mechthild Hartung, VVN-BdA; Illia Riaboi, Veteran der Roten Armee; Alexander Levanovic, Botschaft Belarus sowie ein/e DGB-Vertreter/in. Kranzniederlegung und Musik von Gewerkschaftschor „Gegenwind", Wolfsburg.

14.30 Uhr: Gedenkfeier der AG Bergen-Belsen
an der »Rampe«

Ab 10 Uhr fahren Busse von der Gedenkstätte zum Friedhof, ab 10.50 Uhr wieder zurück. Um 13 Uhr führt ein Bus von der Gedenkstätte aus zum Friedhof, von dort zur „Rampe" und von dort wieder zurück zur Gedenkstätte.

Gedenken in Peine

Einladung zur Kranzniederlegung am 8. Mai

Auch in diesem Jahr findet zum »Tag der Befreiung Europas von Faschismus und Krieg« am 8. Mai im Peiner Herzberg eine Kranzniederlegung statt.

Redner am Ehrenmal der VVN-BdA um 18 Uhr ist der örtliche Abgeordnete im niedersächsischen Landtag, Matthias Möhle (SPD). Musikalisch umrahmt wird die Gedenkveranstaltung von dem Gewerkschaftssekretär Horst Redemann.

Die Peiner Kreisvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes lädt alle Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt sehr herzlich zu diesem mahnenden Gedenken ein.

Peter Baumeister

Termine rund um Ostern 2009

Internationales Rombergparkkomitee ruft auf zum Gedenken an die Opfer des Kriegsendes 1945

Donnerstag, 09. April
Treffen des Internationalen Rombergparkkomitees in der Gedenkstätte »Steinwache«, Dortmund, mit Dortmunder Jugendlichen und Gästen aus anderen Gemeinden und Orten mit Kriegsendverbrechen. Gezeigt wird der Film »Die Männer von Brettheim«. Dazu spricht Thilo Pohle, der Vertreter der Gedenkinitiative für die 1945 in Brettheim bei Rothenburg ob der Tauber Ermordeten. Ferner werden dabei sein die Zeitzeugen von Kriegsendverbrechen Wladimir Gall (Moskau; Spandauer Zitatdell) und Ludwig Baumann (Bremen; Bundesvorsitzender der Opfer der NS-Militärjustiz).
Dortmund, Steinstraße 5, am Hauptbahnhof, Beginn 18 Uhr

Karfreitag, 10. April
Demonstration und Kundgebung der Stadt Dortmund am Mahnmal in der Bittermark.
Parkplatz Olpketal, 14 Uhr

Ostermarsch 2009

11. bis 13. April
Ostermarsch »Nein zum Krieg – Nein zur NATO – Abschaffung aller Atomwaffen – Ende des Kriegs in Afghanistan« von Duisburg über Düsseldorf, Essen und Bochum nach Dortmund.

Ostermontag, 13. April
Abschlusskundgebung mit großem Kulturprogramm. Es spricht Jürgen Rose (Offizier, ohne Uniform).
16 Uhr, am Wichernhaus, Stollenstraße, Nähe Dortmunder Nordmarkt

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

Gegen den Einzug von Nazis und anderen Rassisten in die Parlamente

Landeskonferenz tagte – Antifaschisten aktiv im Superwahljahr

Weit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen am 7. Februar in Wuppertal zusammen, um unter dem Motto „Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente“ Erfahrungen auszutauschen und über zukünftige Strategien im Kampf gegen den Neofaschismus zu diskutieren.

Zu Beginn sprachen die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen für die Partei Die Linke, als Vertreter des DGB in NRW der pädagogische Leiter der DGB Jugendbildungsstätte Marc Neumann, Professor Dr. Wolfgang Dressen von der Fachhochschule Düsseldorf, die Landtagsabgeordnete Monika Düker von Bündnis 90/Die Grünen und ein Vertreter des Antifa KOK Düsseldorf über die Herausforderungen durch die Kandidaturen neofaschistischer Parteien bei den zahlreichen Wahlkämpfen.



Kurt Heiler (Bildmitte), Mitbegründer der antifaschistischen Landeskonferenzen, eröffnet die Tagung. Bilder: Jochen Vogler



Marc Neumann, DGB

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass Wahlparteien der äußersten Rechten nur eine der vielen Zumutungen für die Demokratie bedeuten. Der Rassismus in und aus der Mitte der Gesellschaft stellt immer neuen Nährboden für die Neonazis dar. Raja Bernard schlug für die DKP die breite Zusammenarbeit gegen Nazis im Wahljahr vor. Sprecher von Grünen und Linken, Gewerkschafter sowie andere Rednerinnen und Redner sprachen sich ebenfalls dafür aus.

Die Landessprecherin der VVN-BdA, Ulrike Düwel, stellte die neue Aktion »nonpd«, für das verbot der NPD vor. Erste Materialien für ein antifaschistisches Eingreifen in die Wahlkämpfe – Plakate, Flugblätter und Aufkleber – sowie für eine Kampagne »Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente« wurden präsentiert.

Am Nachmittag fanden fünf Arbeitsgruppen zu Themen und Fragestellungen wie »Die Pro-Bewegung als Erben der Republikaner«, »Militante Nazi-Strukturen im Umbruch«, »Wem nutzen Neonazis?«, »Antifaschistische Arbeit in lokalen Bündnissen« sowie »Außenpolitische Zuspitzung und Kriegführung« statt. In den Arbeitsgruppen wurde kontrovers, aber konstruktiv um die besten Lösungen gestritten.



Sevim Dagdelen MdB, Die Linke

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sowie eingereichte Statements aus der Podiumsdiskussion werden in einem Reader zusammengefasst. Der Reader kann bei der VVN-BdA in NRW bestellt werden.



Monika Düker MdL, B’90/Grüne

Zum Abschluss der Konferenz brachte der Leiter der Versammlung Kurt Heiler das völlige Unverständnis gegenüber dem Bundesverfassungsgericht zum Ausdruck. Die Entscheidungen des BVG erlauben den Neonazis immer wieder, ihre Aufmärsche durchzuführen. Die Polizeipräsidenten werden gezwungen, die Provokation der Neonazis auch noch zu schützen. Die NRW-Landesregierung ging jetzt noch einen Schritt weiter und wies die Polizeipräsidenten an, den Neonazis um jeden Preis den Weg freizumachen, auch wenn dadurch ganze Stadtteile für die betroffene Bevölkerung abgesperrt werden. Dabei setzt sich die Landesregierung in offenen Gegensatz zu Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes von NRW in Münster.



Prof. Wolfgang Dressen

Die Versammlung war sich darin einig, dass jedes Auftreten der Neonazis entschiedenen Widerstand hervorrufen muss. Eine Legalität des Wirkens neofaschistischer Gruppen wurde unter Hinweis auf das Grundgesetz vehement bestritten. Eine Mehrheit sieht im Verbot der NPD und anderer neofaschistischer Gruppen eine Möglichkeit, die Handlungsspielräume der Neonazis einzuschränken; eine bedeutende Minderheit der Anwesenden findet andere Auseinanderansetzungsmöglichkeiten wichtiger.

Gemeinsam war jedoch allen, dass sie den Einzug von Neonazis oder anderen Rassisten in die Parlamente verhindern wollen. Dabei gilt es, das Trennende zwischen den verschiedenen antifaschistischen Gruppen zu beachten, aber unbedingt das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen.



Ulrike Düwel,VVN-BdA NRW

K. H.

»Naziaufmärsche in Dortmund verbieten«

Verdi und IG Metall starten in Dortmund Unterschriftenaktion

Die Vertrauensleute der Gewerkschaft ver.di bei der Dortmunder Stadtverwaltung haben eine Unterschriftenaktion begonnen mit der Forderung »Keinen Nazi-Aufmarsch am 5. September« und »Endlich weg mit der verbrecherischen NPD!« Diese Unterschriftensammlung wurde von der IG Metall aufgegriffen.

Die Aktion von ver.di und IG Metall Dortmund wird von den antifaschistischen Kräften der Stadt, darunter die Aktion 65plus und die VVN-BdA, unterstützt. Seit Jahren terrorisieren militante Neofaschisten die Stadt mit ihren Aufmärschen, mit Überfällen auf Migranten und Linke, mit Drohungen gegen engagierte Antifaschisten, mit Anschlägen auf alternative Kneipen und linke Zentren. Doch die Dortmunder Polizei weigert sich hartnäckig, anzuerkennen, dass Dortmund ein Nazizentrum geworden ist. Neben Berlin (1. Mai) und Dresden im Februar (Bombardierung) wird nunmehr Dortmund im September (Kriegsbeginn) zu dem Zentrum der Nazitreffen.

Erklärt wurde: Polizeipräsident Hans Schulze, der sich gegenüber Neonazis als »neutral« bezeichnet, hat in der Vergangenheit alles daran gesetzt, den braunen Schlägern bei ihren Aufmärschen den Weg frei zu räumen. Stattdessen werden Antifaschisten bestraft, weil sie Mahnmale für die Opfer des Hitler-Faschismus vor den Stiefeltritten der Neonazis schützen wollten.

Ulla Jelpke, Dortmunder Bundestagsabgeordnete der Linken, erklärte, sie unterstütze auch die Forderung der Gewerkschaftskollegen nach einem NPD-Verbot. »Damit könnte die Hauptkraft im rechtsextremen Lager von staatlichen Geldern abgeschnitten und damit die ganze Naziszene geschwächt werden.«

Ein neues NPD-Verbotsverfahren werde allerdings durch die Weigerung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, dem nordrhein-westfälischen Innenminister Wolf und den Unionsinnenministern der Länder sabotiert. Diese weigern sich, die Spitzel des Verfassungsschutzes aus der NPD abzuziehen und damit die vom Bundesverfassungsgericht genannte Voraussetzung für ein erfolgreiches Verbotsverfahren zu erfüllen.

Die Forderung nach einem Verbot der Naziaufmärsche und der Naziorganisationen war auch Anlass einer Demonstration von Antifaschistinnen und Antifaschisten am 31. Januar vor dem Polizeipräsidium.

Dort sprach die Künstlerin Ursula Richter für VVN-BdA und Bündnis Dortmund gegen rechts. Sie sprach unter dem Motto: »Wenn Nazis marschieren, ist Widerstand Pflicht!«

Besuche in Buchenwald und Buchenwald-Dora

4. und 5. April: Gedenkfahrt nach Weimar

Abfahrtsorte
sind Aachen und Düren, Abfahrtzeit Aachen 7 Uhr. Rückkehr 5. 4. 09 ca. 22 Uhr in Aachen.

Kosten
für Fahrt und Mittagessen, DJH-Übernachtung und Frühstück betragen 70 Euro. Für Verdi-Mitglieder gibt es einen Zuschuss von 35 Euro und für verdi-Mitglieder in der Ausbildung einen Zuschuss von 60 Euro.

Anmeldungen
schnellstens unter Info-ac@vvn-bda.de oder bezirk.aachen-dueren-erft@verdi.de

Vorbereitungsveranstaltung
am Dienstag, 24. März um 17 Uhr im verdi-Haus Aachen, Harscampstr. 20.

Rede von Ursula Richter vor dem Polizeipräsidium

»Den Protest gegen Justizbehörden und den Innenminister richten«


Ursula Richter

»Am 30. Januar 1933 begann mit der Machtübergabe an Adolf Hitler und die NSDAP das dunkelste und barbarischste Geschehen in der Geschichte der Menschheit. Wir sagen: ›Wenn Nazis marschieren, ist Widerstand Pflicht!‹ Hingegen ist es Auffassung der Justiz: ›Wenn Nazis marschieren, müssen ihre Aufmärsche geschützt werden!‹ Sie hält das Demonstrations- und Versammlungsrecht für ein so hohes Gut, dass auch die erklärten Feinde der Demokratie davon profitieren sollen. Dafür schränkt sie dann die Bewegungs- und Meinungsfreiheit von Antifaschisten gerne ein.

Den Artikel 139 GG, der alle Nachfolgeorganisationen der NSDAP untersagt, ignoriert sie, wie auch andere antifaschistische und antimilitaristische Artikel des Grundgesetzes. Würde sie ihn anwenden, wäre auch das ›Problem‹ des NPD-Verbots längst vom Tisch. Für unsere obersten Juristen ist aber die verbrecherische Ideologie der Neonazis nur eine missliebige Meinung, die der Rechtsstaat aushalten müsse. Und was tut die Polizei? Auftragsgemäß schützt sie die Nazis, auch dann noch, wenn sie von denen tätlich angegriffen und ihre Kollegen verletzt werden. Haben sie verdrängt, dass drei Dortmunder Polizeibeamte von dem Neonazi Berger erschossen worden sind? Oder haben sie schlicht Angst vor der Aggressivität und Brutalität der braunen Banden?

Innenminister lässt für Nazis Stadtteile sperren

Ihren Frust über ihre Einsätze lassen sie dann lieber an den Antifas aus, besonders wenn diese jung und bunt bzw. schwarz gewandet.

Die Polizei sperrt ganze Stadtteile für die Neonazi-Aufmärsche ab und macht sie für die Bewohner zur ›demokratiefreien Zonen‹. Die SPD-Landtagsabgeordnete aus Dortmund Gerda Kieninger fragte empört im Landtag nach der Rechtmäßigkeit solcher Maßnahme. Die Antwort des Innenministers: Ja, die Polizei habe rechtmäßig gehandelt, es sei in Zukunft bindend, die Durchführung von Nazi Demonstrationen zu gewährleisten. Was für eine Umkehrung aller demokratischen Normen! Ich denke, es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Justiz und besonders gegen diesen Innenminister zu richten.

›Aktion 65plus‹ nimmt das nicht hin

Die Polizei ist letztlich Ausführerin eines pervertierten Demonstrationsrechts und dennoch hat sie Spielraum in ihrem Handeln zugunsten der Bürger und Antifaschisten. Sie durfte zwar einen ganzen Stadtteil absperren, sie musste das nicht. Auch den Gang zu den Stopersteinen der ›Aktion 65plus‹ hätte sie nicht verbieten müssen, hat sie aber. Auch hätte sie mich nicht als ›Leiterin einer verbotenen Demonstration‹ am 6.9. anzeigen müssen.

(Fortsetzung auf Seite 16)

(Fortsetzung von Seite 15)

Protest gegen Justiz und Innenminister richten

Ich gehe noch einmal kurz auf die ›Aktion 65plus‹ und das Verhalten der Polizeileitung unter Polizeipräsident Hans Schulze ein: Wir alten AntifaschistInnen wollten nicht mehr ertragen, dass seit Jahren der Protest von Tausenden Menschen gegen die Naziaufmärsche am Verhalten der Polizeileitung scheiterte und junge Menschen, die sich mit dem pervertierten Demonstrationsrecht nicht abfinden wollen, verfolgt und kriminalisiert werden. Wir wollten nicht nur das Gewicht unserer Lebensjahre, sondern vor allem das Gewicht unserer eigenen Erfahrung mit Faschismus und Krieg in die Waagschale werfen. Wir wollten und wir wollen das auch weiterhin, uns im Wortsinne widersetzen!«

Zivilcourage siegte über Polizei

Ursula Richter erinnerte an den vergangenen 6. September, als die Nazis ihren »Nationalen Friedensmarsch« durchführen durften, die Nazigegner jedoch nicht zu den Stolpersteinen gelangten. »Ihr wisst, wie die Geschichte ausging: Uns wurde der Weg zu den Mahnmalen gegen die Hitlerbarbarei verboten, aber 700 Menschen, alte und junge ließen sich nicht davon abhalten, mit uns diesen Gang zu machen. Eine Blamage für das Verhalten der Polizeileitung, ein kleiner Sieg in Sachen Zivilcourage und Bürgermut!

Spende für die Steinwache

Das Verfahren gegen mich wurde inzwischen eingestellt. Auch der Staatsanwalt schien mit seiner Sympathie eher auf unserer Seite, es heißt aber, juristisch musste er ein Bußgeld verhängen. Ich werde es dem Förderverein Gedenkstätte Steinwache zukommen lassen.«

Armee und Schulen sollen verzahnt werden

Bundeswehr mischt in NRW bei der Schulausbildung mit

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit haben das Bildungsministerium NRW und die Bundeswehr bereits im Herbst letzten Jahres eine weit reichende »Kooperationsvereinbarung« geschlossen, von der die etwa 1,8 Millionen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen 1 und 2 sowie der Berufskollegs betroffen sind. Inhaltlich geht es um eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Armee, die bundesweit ein Novum ist und die zeigt, wie die Schule für menschenverachtende Kriegszwecke instrumentalisiert wird.

Laut dieser Vereinbarung sollen in Zukunft so genannte Jugendoffiziere regelmäßig den Unterricht besuchen und dort mit den Schülern »Möglichkeiten der Friedenssicherung [...] erörtern«; doch wie bei der Bundeswehr »Friedenssicherung« normalerweise gehandhabt wird, das werden die Schülerinnen und Schüler hier selbstverständlich nicht erfahren. Damit wird die höchst bedenkliche Praxis von Rekrutenwerbung an Schulen ministeriell abgesegnet, die bisher während Berufsfindungstagen der einzelnen Schulen stattgefunden hat.

Mit Hartz IV greift der Bund nach der Jugend

Die zweite gefährliche Neuerung betrifft den Bereich der Lehrerausbildung, denn auch hier wird die Armee zukünftig aktiv mitarbeiten. Beschränkte sich die Einflussnahme des Militärs und ihrer Historiker bisher vor allem auf die Schulbücher, sollen die Lehrerinnen und Lehrer nun der verlängerte Arm der Rekrutenwerber werden. Geschult werden sie zukünftig auch durch Personal der Bundeswehr, beispielsweise zur »Sicherheitspolitik« und weiteren Themen.

Auf dem Programm der Lehramtsanwärter stehen dann auch Besuche bei Einrichtungen der Bundeswehr und die »praktische Anwendung« von Ausrüstung.

Das Ziel dieser Vereinbarung ist klar. Den Schülern soll ein positives Bundeswehrimage vermittelt werden und schon die Kleinen sollen neben Mathe und Deutsch lernen, dass die Bundeswehr ein ganz »normaler« Arbeitgeber ist. Denn bisher haben weder Ausbildungsplatzmangel, Studiengebühren oder Hartz IV dazu geführt, dass sich Jugendliche gerne als Kriegernachwuchs missbrauchen lassen. Die meisten Jugendlichen ziehen trotz breit angelegter Militärpropaganda eine zivile Karriere der militärischen vor.

Tim Carlitscheck

NRW und die Finanzkrise

Verfassungsbruch durch »Privat vor Staat«

In Nordrhein-Westfalen haben CDU und FDP bei Regierungsantritt eine Koalitionsvereinbarung verabschiedet, die demonstrativ die Landesverfassung verletzt. Die Kurzform der Koalitionsvereinbarung lautet: »Freiheit vor Gleichheit. Privat vor Staat«. Die Verwerflichkeit dieses Prinzips wird uns in der gegenwärtigen Finanzkrise plastisch vor Augen geführt.

Als Lehre aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit und des Faschismus erschien es allen Demokraten 1945 als notwendig, für die sozialen Menschenrechte zu wirken, denn der Kapitalismus sei den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden; so lautete damals die Programmatik auch der CDU. Deshalb gibt es den Artikel 14 zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums im Grundgesetz, und deshalb heißt es in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen im Artikel 24: »Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.«

Arbeit für alle und Schutz der Arbeitskraft sind demnach höchste Verfassungsaufgaben – und nicht das Recht auf Profit einzelner Privater und ihre Freiheit, die höher als die Gleichheit der Menschen rangiert. »Das Wohl des Menschen« wird der Freiheit der Reichen geopfert: Weder wurde ein Höchstlohn für Manager, noch ein Niedriglohn für Zeitarbeiter eingeführt. Der herrschende Neoliberalismus widerspricht dem Grundgesetz und der Landesverfassung. Das wird jetzt besonders deutlich vor dem Hintergrund der Finanzkrise. Verstaatlichung der Banken – womit gemeint ist: Verstaatlichung der Bankverluste. Das wird nun plötzlich gefordert. Es geht aber um wirkliche Verstaatlichung zum »Wohl des Menschen«. Auch die ist in der Landesverfassung verankert. »Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.« Dies steht in Artikel 27 der NRW-Landesverfassung.

Auch im Grundgesetz gibt es den Artikel 15 mit dem Titel »Sozialisierung«. Artikel 14 sieht die Sozialpflichtigkeit des Eigentums vor. Auch diese Artikel gehören auf die Tagesordnung.

Grundgesetz und Landesverfassung müssen wieder Gültigkeit erlangen. Darin steht nichts von »Privat vor Staat«, von Profit vor Gemeinwohl.

Ulrich Sander